



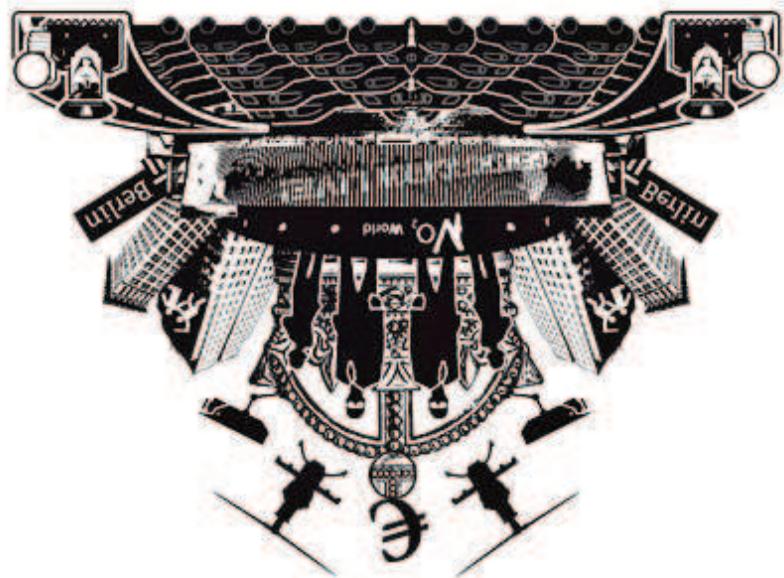
**<< *access all areas* >>**  
**Broschüre für ein  
unverträgliches Wien**

*aktuellen Themen rund um >>>*  
*Recht auf Stadt, Gentrifizierung, Freiraum*

*part 1 - Theorie, Infos und Texte <<<*



WE OCCUPY  
YOU GENTRIFY



# Inhaltsverzeichnis

Seite(n)

- 4 - 5 über Platz.da!? und den Aufruf zum << aae >>  
Aktionstag am 17.12.2011
- 6 - 7 Aufrufertext der roten Flora
- 7 Info über die rote Flora
- 8 - 9 Öffentlicher Raum?
- 10 - 11 Was ist Gentrifizierung? Was ist Segregation?
- 12 - 13 Bestandsfreimachung, ein Unwort
- 14 - 15 Arena Comix
- 16 - 17 Das Amerlinghausmuss unverträglich bleiben!
- 18 - 19 Bedarf an Freiräumen endlich wahrnehmen!
- 20 Zeichnung
- 21 SexarbeiterInnen fühlen sich übergangen
- 22 - 23 Guerilla Gardening - was heißt das für uns?
- 24 Comix
- 25 - 26 Verfahren gegen J.A.I.B - Anklage
- 27 - 28 Grafiken
- 29 - 33 Recht auf Raum
- 34 - 35 Forderungen der BettelLobbyWien
- 36 Platz.da!? Stichwortwolke



**Platz.da!?** ist eine offene/partizipative Kampagne unterschiedlicher Initiativen, Gruppen und Personen mit dem Ziel die Themen Freiraum, Öffentlicher Raum, Leerstand, soziale Normierung und Gentrifizierung verstärkt in den Fokus der Stadtbevölkerung Wiens zu bringen.

**Aktuell** wird im Rahmen von Platz.da!? der transnationale Aktionstag am bearbeitet. **17.12.2011** – << **access all areas** >>

## >>> **access all areas ?**

*(Auszug aus dem Infotext zum Aktionstag)*

### **Ein Tag der Theorie und Praxis sozialer Kämpfe**

Der Aktionstag soll Ausdruck, Kristallisationspunkt und Vernetzung dieser lokalen und doch grenzüberschreitenden Kämpfe sein. Wir wollen die überall stattfindenden Auseinandersetzungen aufeinander beziehen und als allgemeinen politischen Konflikt im Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft sichtbar machen, ohne sie zu vereinheitlichen. Umgekehrt gewinnen durch diese Bezugnahme auch die jeweils lokalen Kämpfe an Stärke und politischem Gewicht, verschieben die Kräfteverhältnisse. So ist es für uns ein konkretes Ziel des Aktionstages, uns selbst, aber auch möglichen Investor\_innen und den politisch Verantwortlichen einen Eindruck des überregionalen und internationalen Widerstands zu vermitteln, mit dem z.B. im Falle eines Angriffs auf die Rote Flora zu rechnen ist.

Wir fordern alle auf, zum Aktionstag am 17. Dezember 2011 allerorts vielfältig aktiv zu werden, lokale Konflikte aufzugreifen und eure Kämpfe vor Ort mit dem Kampf um das politische Projekt Flora zu verbinden!

**Dem wollen wir in Wien gerne nachkommen** und den Aktionstag sowie die Zeit davor und danach nutzen um Themen wie Gentrifizierung, Widerstandsstrategien und Raumanneignung zu thematisieren. Bezugspunkte gibt es genügend!

**So zeigte** die Besetzung der Lindengasse 60-62 und das damit verbundene Schaffen eines unkommerziellen Freiraum wiederholt den massiven Bedarf an diesen auf. Damit verbunden wurde auch einmal mehr die unkooperative und ignorante Haltung der Stadt Wien und der Eigentümer\_innen sichtbar.

**Das Epizentrum** wurde nach mehreren Wochen Besetzung geräumt, das Gebäude wird aktuell von der BUWOG abgerissen. Andere selbstorganisierte Räume sind in Gefahr, wie etwa das Amerlinghaus. Dort wurde dieser Tage kurzzeitig teilweise der Strom abgeschaltet und es wird soeben versucht die selbstverwalteten Strukturen des Kulturzentrums zu zerstören und die direkte Kontrolle durch die Stadt zu erzwingen.

**Derweil wird** zwar in der Kulturpolitik euphorisch von Brutstätten geschwafelt, in Realität wird jedoch freien und politischen Kultur-Vereinen und Projekten ihr Budget gestrichen. Die angekündigte Agentur für Zwischennutzungen bleibt bisher eine bloße Idee auf dem Papier, Interessenbekundungen seitens der freien Kultur-Szene unter fairen Bedingungen in die Erarbeitung eines sinnvollen Modells miteinbezogen zu werden wurden bisher ignoriert. Es bleibt zu befürchten, dass von Seiten der Stadt „Kreative“ weiterhin nur als billige Aufwerter\_innen verstanden werden wollen.

**Neue Regelungen** erschweren es Sexarbeiter\*innen ihren Beruf auszuüben statt Strukturen zu schaffen, die Eigenständigkeit fördern.

Anstatt freie Fahrt für alle setzt die rot/grüne Stadtregierung die Kosten für Schwarzfahren auf 100 Euro hinauf und dies wird von den Grünen abgefeiert. Von 745 des ZARA-Team im Jahr 2010 festgehaltenen rassistischen Übergriffen finden rund 27% im öffentlichen Raum statt. So lesen die Leute in der U-Bahn lieber weiter in Verblödungsblättern statt bei rassistischen Kontrollen (Ethnic Profiling) der Polizei einzuschreiten (die für rund 9% der dokumentierten Übergriffe verantwortlich ist).

**Während dessen** stehen immer noch 80.000 Wohnungen leer und die ständig steigenden Mieten und Erhöhungen von Grundkosten zeigen, dass in Wien noch einiges an Profit zu machen ist.

**Diese Themen sowie** die Verdrängung von Konsument\*innen illegalisierter Substanzen, Verkehrspolitik und Radfahren, Ernährungssouveränität und Stadt, die Fragestellung was Freiraum ist, und vieles andere bieten Anknüpfungspunkte um den Winter ganz im Zeichen der theoretischen und praktischen Beschäftigung mit dem „Recht auf Stadt“ zu gestalten.

**In diesem Sinne:**

**Gentrifizierung sabotieren – besetzte Projekte diversifizieren!**  
**Für die Enteignung des Privaten und die Aneignung des Öffentlichen!**  
**Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus bekämpfen!**



## Aufruftext der Roten Flora zum <<< aae >> Aktionstag am 17.12.2011

**Der Aktionstag** soll ein regionales und internationales Ereignis schaffen, das überall dort seinen Ort hat, wo ihr kämpft und lebt und euch solidarisch auf besetzte und umkämpfte Zentren wie die Rote Flora, Kukutza, Ungdomshuset, Skaramanga, Wagenplätze oder Hausprojekte bezieht.

**Wir fordern alle auf**, zum Aktionstag am 17. Dezember 2011 überall vielfältig aktiv zu werden, lokale Konflikte aufzugreifen und eure Kämpfe vor Ort mit dem Kampf um selbstbestimmte politische Projekte zu verbinden! Mögliche Anknüpfungspunkte sind: Die Aneignung und Verteidigung selbstbestimmter Projekte und die Vergesellschaftung umkämpfter Räume. Der Protest gegen

Gentrifizierung und neoliberale Privatisierung, gegen Repression und die Vertreibung unerwünschter Bevölkerungsgruppen, gegen rassistische Polizeikontrollen und Abschiebungen.

**In Hamburg** werden für diesen Tag mehrere Aktionen und eine Ralley vorbereitet. Zudem gibt es mehrere Kundgebungen zu Themen um Recht auf Stadt, Vertreibung, Mieter\_innenkämpfen und die Verteidigung von Projekten. Auf den Weihnachtsmärkten der Innenstadt kann zwischendurch Bambule unterm Weihnachtsbaum gefeiert werden und auch eine Kundgebung mit einem Abschlußkonzert auf der Reeperbahn wird zur Zeit angedacht.

**In anderen Städten** sollen ebenfalls Aktionen und Demos stattfinden. Ziel ist, unterschiedliche lokale Kämpfe zeitlich zu verbinden und hierdurch mehr als die Summe der einzelnen Teile werden zu lassen. Denn auch wenn wir uns geographisch an wechselnden Orten befinden, so begegnet uns doch immer

wieder dasselbe gewaltsame System, dieselbe Aufwertung und Vertreibung, das gleiche menschenverachtende Kalkül einer kapitalistischen Standortpolitik in den Städten und Metropolregionen.

**Andererseits wollen** wir aber auch möglichen Investoren und der Politik einen Vorgesmack geben, was bei einer Räumung der Flora los ist. Der Kampf um das Projekt ist nicht nur eine Frage vor Ort, sondern mit dem Kampf um selbstbestimmte Räume in anderen Städten verknüpft. Die Rote Flora wäre wie alle Zentren ohne politische Bewegungen auf der Straße nicht denkbar, daher stellen wir nicht die Frage der Flora in den Vordergrund – die bleibt besetzt und unverträglich –, sondern das, was uns und viele andere derzeit antreibt: Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen, die auflodernden Revolten gegen ökonomische Krisen und die kapitalistische Weltordnung, das Wissen, dass ein ganz anderes Ganzes nicht nur möglich ist, sondern sich auch bereits in unseren Kämpfen als Perspektive ausdrückt.

### **Stadt selbst machen!**

**Organisiert euch und andere, werdet aktiv und besetzt die Städte!**

**Gentrifizierung ist überall – unser Widerstand auch!**

## **Die Rote Flora**

Die Rote Flora ist ein linkes autonomes Stadtteilzentrum im Hamburger Schanzenviertel. Im Zuge einer breiten Widerstandsbewegung gegen den Bau eines neuen Musicaltheaters am Schulterblatt wurden im November 1989 die Reste des alten Floratheaters besetzt. Durch die Arbeit zahlreicher Gruppen und Initiativen im Projekt entstand ein selbstverwaltetes Polit- und Kulturzentrum - und der besetzte Status gilt bis heute.

**Die Flora** ist ein aktiv gestalteter, nicht kommerzieller Raum, Treffpunkt zahlreicher Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen der radikalen Linken und ein wichtiger Ort politischer Gegenöffentlichkeit. Das Projekt hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in verschiedensten Politikfeldern engagiert, u.a. der Frage von Stadtteilentwicklung und Gentrifizierung, gegen die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes, gegen das Kontroll- und Ausschlussregime neoliberaler Sicherheitspolitik und in der Auseinandersetzung um Globalisierung. Weblinks

Website der Roten Flora: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora>

Chronologie der Besetzung: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/zeitleiste.html#2000>

# **Öffentlicher Raum**

Die Trennung zwischen privatem und öffentlichem Raum gilt als ein Wesensmerkmal der bürgerlichen europäischen Stadt. Insofern der öffentliche Raum ein vorbehaltloses Aufeinandertreffen einander Fremder ermöglicht und – nicht zuletzt als politische Bühne – allen sozialen Gruppen einer Stadt gleichermaßen zugänglich ist, bildet er den Kern einer → demokratischen Kultur städtischen Lebens. Als sich hiesige Städte seit dem Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses in den 1990er Jahren sozialräumlich polarisierten und soziale Krisen verstärkt ordnungspolitisch bearbeitet wurden, begannen Debatten über einen Verfall des öffentlichen Raumes durch Kriminalität und Ghettobildung zu dominieren. Diese zogen Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen nach sich. Zudem schreitet – infolge neoliberaler Politikansätze, die das ›Unternehmen Stadt‹ unter Verwertungsgesichtspunkten betrachten – deren Privatisierung voran. Unter private Hoheit gestellte Einkaufs- oder Freizeitzone selektieren mit Hilfe von Überwachungsanlagen und Sicherheitspersonal den Zugang nach sozialen Gruppen.

Die Kritik einer solchen Politik beschränkt sich überwiegend auf Forderungen, öffentliche Räume zu erhalten und ihre Wesensmerkmale nicht durch Repressions- und Kontrollmaßnahmen – wie die einer panoptischen Logik folgenden Videoüberwachung – zu zerstören. Dies greift jedoch zu kurz: Der öffentliche Raum der europäischen Stadt war historisch nie für alle sozialen Gruppen gleich zugänglich. Gerade die als beispielhaft geltende Konstruktion des bürgerlichen Paris im 19. Jahrhundert ermöglichte es dem Bürgertum, untere Klassen räumlich auf Distanz zu bringen und in die Vorstädte zu verbannen. Obwohl Frauenbewegungen schon damals gegen diesen Ausschluss zu kämpfen begannen, ist der öffentliche Raum bis heute geschlechtsspezifisch hierarchisiert. Auch die positiv konnotierte ›Begegnung mit dem Fremden‹ ist keine Begegnung unter Gleichen, sondern reproduziert bestehende Machtverhältnisse. Ob ein Stadtteil als Aushängeschild bürgerlicher Metropolenkultur oder als Nische marginalisierter Milieus definiert wird, entscheidet letztlich darüber, welche Nutzungen und Gruppen dort als »normal« oder als deplatziert erscheinen. Da sich in der Definitionsmacht über solche Funktionen städtischer Orte gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse spiegeln, greift es zu kurz, deren Privatisierung und Kontrolle zu kritisieren. Vielmehr sind vor allem die Herstellungsprozesse solcher Bedeutungen zu problematisieren. Der öffentliche Raum hält also seine de jure definierten Versprechen de facto nicht ein und die Polarität zwischen öffentlich und privat

löst sich zunehmend auf. Dies basiert auch auf veränderten sozialen Praxen. So richten sich immer mehr Hybridräume im Schnittfeld zwischen Wohnen, Arbeiten, Kultur und politischem Handeln lediglich an selektive Öffentlichkeiten oder machen Events wie der *Christopher Street Day* vormals der Privatsphäre zugeordnete Handlungen öffentlich sichtbar. Bei einer Verständigung über die idealtypischen Qualitäten beider Raumtypen ginge es um Fragen wie Teilhabe, Zugang (zu Räumen oder Ressourcen) und Anerkennung (von → Differenz), die im Bild des öffentlichen Raumes aufgehoben sind, sowie um Schutz und Selbstbestimmung, die dem privaten Raum zugeordnet werden: Gedeiht etwa eine politische Teilhabe marginalisierter Gruppen zunächst eher im Schutz ›privater‹ Räume, müssen dafür geeignete Orte verfügbar sein. Stehen öffentlich zugängliche Räume zunehmend unter privater Hoheit, sind allgemeine Aufenthalts- und Versammlungsrechte auch für Shopping Malls einzufordern.

Noch wichtiger sind Strategien, die eine politisch-technische Herrschaft über den öffentlichen Raum zurückdrängen und neue Raumtypen schaffen. Auf temporäre Weise gelang dies der Initiative *Reclaim the Streets*, die sich in den späten 1990ern von London weltweit ausbreitete: Aus Anlass eines Weltwährungsgipfels attackierte sie die Bankenviertel von 30 Metropolen mit einem »globalen Karneval gegen das Kapital« und eroberte mit einer politischen Straßenparty die lückenlos videogesicherte City of London. In Hamburg wiederum gelang es dem Kunstprojekt *Park Fiction* als Teil einer Initiative, eine millionenschwere Bebauung zu verhindern, Wünsche für einen neuen öffentlichen Raum kollektiv zu produzieren und sie in einen selbst organisierten Planungsprozess zu übersetzen. Durch Protest und Selbstorganisation in St. Pauli konnten die AktivistInnen die besetzte Brachfläche zehn Jahre lang gegen behördliche Zermübnungspraxen verteidigen. Schließlich entstand im Jahr 2003 daraus ein Park. Indem sich AnwohnerInnen selbst ermächtigten, anstelle des Staates oder der Wirtschaft einen städtischen Raum zu definieren, verwandelten sie sich von KonsumentInnen zu ProduzentInnen ihrer Stadt. *Park Fiction* steht so mit dem Philosophen Henri Lefèbvre für jene ästhetischen Praxen, die eine politisch-technische Herrschaft über den Raum zurückdrängen und die Spielräume für die beherrschten Räume des Imaginären zu erweitern vermögen.

*Stephan Lanz*

#### **Zum Weiterlesen**

Becker, Jochen (Hrsg.) (2001): *Bignes? Berlin*.

Lefèbvre, Henri (1972): *Die Revolution der Städte*, München.

# Gentrification???

## Was ist Gentrifizierung? Was ist Segregation?

Die Gentrifizierung (von engl. Gentry: niederer Adel), teils auch: Gentrifikation (von engl. Gentrification), ist ein in der Stadtgeographie angewandter Begriff, der einen sozialen Umstrukturierungsprozess eines Stadtteiles beschreibt. Dabei handelt es sich um Veredelung des Wohnumfelds sowohl durch Veränderung der Bevölkerung, wie in aller Regel auch durch Restaurierungs- und Umbautätigkeit.

**Der Prozess der Aufwertung** innenstadtnaher Wohngebiete (Gentrification) ist nun schon seit einigen Jahren eines der dominierenden Themen der Stadtsoziologie. Die Erforschung des Phänomens begann in Nordamerika. Zu unterscheiden ist die eigentliche Gentrifizierung, bei der bis dahin nicht hochwertige Stadtgebiete aufgewertet werden (bekannte Beispiele sind SoHo oder der Meatpacking District in Manhattan: bis in die 1980er bzw. 1990er Jahre hinein durch Gewerbe geprägte Stadtviertel) von der Wiederaufwertung ehemals wohlhabender Viertel. Dabei werden Viertel, die v. a. in Mitteleuropa häufig in den Nachkriegswirren ihre angestammte Bevölkerung verloren und verarmten, wieder von der ursprünglichen oder einer ähnlichen Nutzerschicht „rückbesiedelt“.

**Gentrifizierungsprozesse** laufen häufig nach typischen Mustern ab: Wegen der niedrigen Mietpreise werden die Stadtteile für „Pioniere“ (Studierende, Künstler, Subkultur etc.) attraktiv. Diese werten in einem ersten Schritt die Stadtteile auf und setzen einen Segregationsprozess in Gang. Viele Studierende steigen in das Berufsleben ein, verdienen deutlich mehr Geld als die ansässigen Bewohner; manche Künstler etablieren sich und bringen weiter Kapital in die Stadtteile. Investoren sehen Chancen zur Wertsteigerung. Erste Häuser und Wohnungen werden restauriert, Szene-Clubs und Kneipen entstehen. Die Mieten steigen. Alteingesessene werden u. a. durch Mieterhöhungen vertrieben. Neu Eingewanderte, Studierende oder Künstler können sich die höheren Mietpreise oft nicht leisten und siedeln sich in anderen Stadtteilen an. Eine neue, wohlhabendere Klientel siedelt sich an und setzt oft andere Lebensstandards durch. Immobilienunternehmen entdecken das Interesse und sanieren weitere Häuser luxuriös. Die ursprüngliche Bevölkerungsstruktur und der Charakter der Viertel wandeln sich. Die Gentrifizierung geht einher mit einem allgemeinen Segregationsprozess.

Quelle: fremdwort.de/gentrifizierung

## Was ist eigentlich Segregation?

Segregation ist nichts anderes als eine räumliche Abbildung sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft. Alle Bewohner einer Stadt kennen das Phänomen, dass sich soziale Gruppen unterschiedlich auf Wohnstandorte verteilen. Die Qualität des Wohnstandortes korrespondiert häufig mit dem sozialen Status der Gruppe: So gibt es so genannte Studentenviertel, Armutsviertel, Stadtteile, in denen überwiegend Migranten, ältere Menschen oder Familien leben. Segregation beschreibt also die räumliche Absonderung einer Bevölkerungsgruppe nach Merkmalen wie sozialer Schicht, ethnisch-kulturellem Hintergrund oder Lebensstil. Dies ist Realität und Normalität in vielen Großstädten. Auch wenn Segregation in den Medien häufig als Problem dargestellt wird, wird Segregation an sich nicht als problematisch erfahren. Wenn die Segregation freiwillig geschieht, das heißt, wenn Personen ähnlichen

Lebensstils und ähnlicher Milieus – beispielsweise Künstler, junge Familien oder Migranten – ein Wohngebiet einem anderen vorziehen und dort in großer Zahl als Mieter und Eigentümer wohnen, ist dies kein Problem. Im Gegenteil, es können sich Netzwerke und Unterstützungsstrukturen bilden. Erst wenn sich die Segregation verbindet mit einer deutlichen Ungleichverteilung von Lebenschancen und gesellschaftlichen Privilegien über die in Frage stehenden sozialen Gruppen, wird sie zu Ausgrenzung, Ghettoisierung und Diskriminierung. Diese unfreiwillige Form der Segregation ist nicht Ergebnis einer Wohnstandortwahl, sondern von Zwängen, beispielsweise des Wohnungsmarktes. Die bestehenden sozialen Ungleichheiten werden durch die räumliche Konzentration von sozial und ökonomisch Benachteiligten noch verstärkt.

Quelle: difu.de, Segregation



**17.12.2011** » **access all areas** «  
**Aktionstag gegen kapitalistische Stadtentwicklung  
und Gentrifizierung**

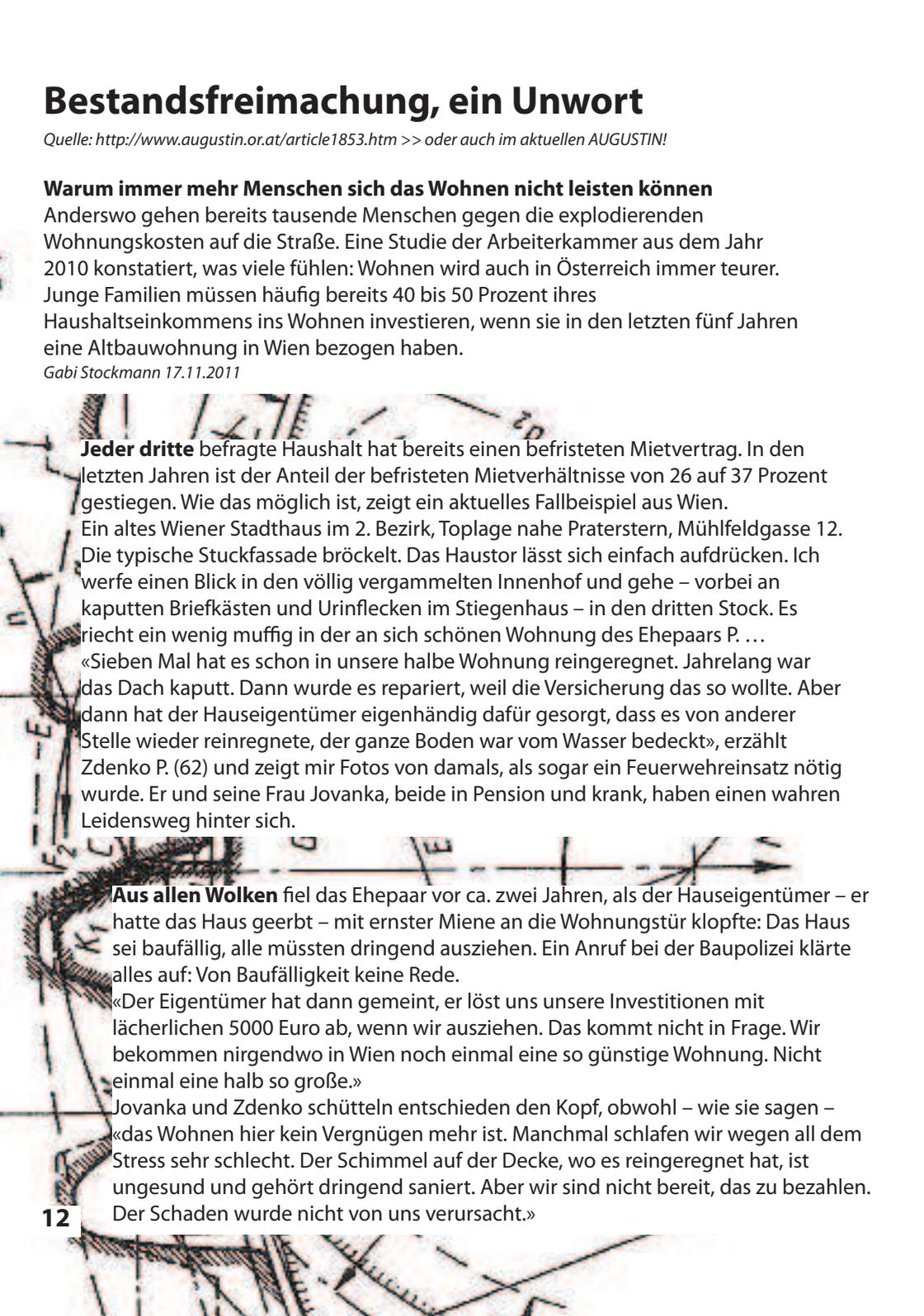
# Bestandsfreimachung, ein Unwort

Quelle: <http://www.augustin.or.at/article1853.htm> >> oder auch im aktuellen AUGUSTIN!

## Warum immer mehr Menschen sich das Wohnen nicht leisten können

Anderswo gehen bereits tausende Menschen gegen die explodierenden Wohnungskosten auf die Straße. Eine Studie der Arbeiterkammer aus dem Jahr 2010 konstatiert, was viele fühlen: Wohnen wird auch in Österreich immer teurer. Junge Familien müssen häufig bereits 40 bis 50 Prozent ihres Haushaltseinkommens ins Wohnen investieren, wenn sie in den letzten fünf Jahren eine Altbauwohnung in Wien bezogen haben.

Gabi Stockmann 17.11.2011



**Jeder dritte** befragte Haushalt hat bereits einen befristeten Mietvertrag. In den letzten Jahren ist der Anteil der befristeten Mietverhältnisse von 26 auf 37 Prozent gestiegen. Wie das möglich ist, zeigt ein aktuelles Fallbeispiel aus Wien. Ein altes Wiener Stadthaus im 2. Bezirk, Toplage nahe Praterstern, Mühlfeldgasse 12. Die typische Stuckfassade bröckelt. Das Haustor lässt sich einfach aufdrücken. Ich werfe einen Blick in den völlig vergammelten Innenhof und gehe – vorbei an kaputten Briefkästen und Urinflcken im Stiegenhaus – in den dritten Stock. Es riecht ein wenig muffig in der an sich schönen Wohnung des Ehepaars P. ... «Sieben Mal hat es schon in unsere halbe Wohnung reingeregnet. Jahrelang war das Dach kaputt. Dann wurde es repariert, weil die Versicherung das so wollte. Aber dann hat der Hauseigentümer eigenhändig dafür gesorgt, dass es von anderer Stelle wieder reinregnete, der ganze Boden war vom Wasser bedeckt», erzählt Zdenko P. (62) und zeigt mir Fotos von damals, als sogar ein Feuerwehreinsatz nötig wurde. Er und seine Frau Jovanka, beide in Pension und krank, haben einen wahren Leidensweg hinter sich.

**Aus allen Wolken** fiel das Ehepaar vor ca. zwei Jahren, als der Hauseigentümer – er hatte das Haus geerbt – mit ernster Miene an die Wohnungstür klopfte: Das Haus sei baufällig, alle müssten dringend ausziehen. Ein Anruf bei der Baupolizei klärte alles auf: Von Baufälligkeit keine Rede.

«Der Eigentümer hat dann gemeint, er löst uns unsere Investitionen mit lächerlichen 5000 Euro ab, wenn wir ausziehen. Das kommt nicht in Frage. Wir bekommen nirgendwo in Wien noch einmal eine so günstige Wohnung. Nicht einmal eine halb so große.»

Jovanka und Zdenko schütteln entschieden den Kopf, obwohl – wie sie sagen – «das Wohnen hier kein Vergnügen mehr ist. Manchmal schlafen wir wegen all dem Stress sehr schlecht. Der Schimmel auf der Decke, wo es reingeregnet hat, ist ungesund und gehört dringend saniert. Aber wir sind nicht bereit, das zu bezahlen. Der Schaden wurde nicht von uns verursacht.»

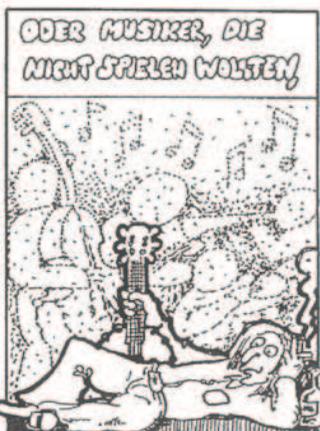
**Zusammen mit** zwei anderen Parteien sind sie die einzigen, die noch in dem Wohnhaus leben. Alle anderen von insgesamt 15 Parteien: gekündigt, rausgeekelt, ausgezogen. «Für uns war die Absicht des Eigentümers klar: Er hat vor drei Jahren das Haus in bester Lage geerbt und wollte es bestandsfrei kriegen, um es optimal verkaufen zu können. Nur bei uns und zwei anderen Parteien ist ihm das nicht gelungen. Wir lassen uns nicht so einfach aus unserer Wohnung rauskeln, in der wir seit 40 Jahren leben», erzählen Zdenko und Jovanka.

Die Wohnung hat das Ehepaar P. damals im Substandard mit einem unbefristeten Mietvertrag übernommen – ohne Wasser, ohne Klo, ohne Heizung. Kategorie D. Billigst-Miete. Über die Jahre haben die beiden dann auf eigene Kosten die Wohnung top-ausgestattet, sodass sie heute einer Kategorie A-Wohnung entspricht. Bezahlen tun sie aber immer noch den Kategorie-D-Zins. Und sie wollen auch weiterhin so günstig wohnen. Denn ihre Renten sind mager. Aber die Methoden, alteingesessene Mieter loszuwerden, sind rüde. Erst kürzlich wurde zum Beispiel Öl im Stiegenhaus verschüttet.

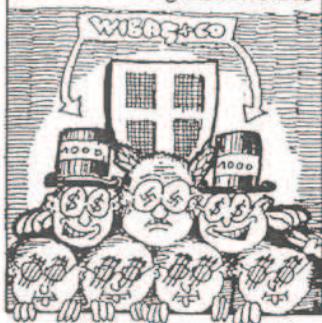
### **Mietbeihilfen kein Ausweg**

Für Mag. Wolfgang Kirnbauer vom Mieterschutzverband (siehe Interview) sind die Ereignisse im Haus Mühlfeldgasse 12 aus mehreren Gründen ein typisches Beispiel für die Entwicklung am Wiener Wohnungsmarkt. «Es fällt tatsächlich auf, dass viele Altbauten, wo die Mietverhältnisse noch gewissen Obergrenzen unterliegen, abgerissen werden. Das ist einerseits eine städtebauliche Katastrophe, aber auch aus Mieterschutzsicht äußerst problematisch. Denn Neubauten, die in den so entstandenen Baulücken von privaten Bauträgern errichtet werden, unterliegen nur in geringem Umfang dem Mietrechtsgesetz.» Zum anderen sei – neben explodierenden Energiekosten und stark gestiegenen Miet-Obergrenzen – der Trend zum Wohnungseigentum mit ein Grund, warum das Wohnen für immer weniger Menschen leistbar wird. (Laut einer aktuellen Studie der Nationalbank gehören zehn Prozent der Österreicher beinahe 60 Prozent des gesamten Immobilienvermögens, Anm.)

Ein Ausweg aus dieser Krise seien laut Kirnbauer transparentere Mietzinsobergrenzen auch für Neubauten. Kein Ausweg seien hingegen die persönlichen Mietbeihilfen, die Bezieher\_innen geringer Einkommen beantragen können. Denn: «Da wird ja nicht an der Höhe der Miete gerüttelt. So wandert einfach das Geld von unten nach oben, letztlich mit Hilfe des Staates.»



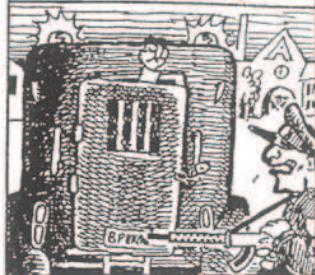
BIS EINESTAGES DER GE-  
MEINDERAT DEN VERKAUF  
AN DIE WIBAG BESCHLIESST.



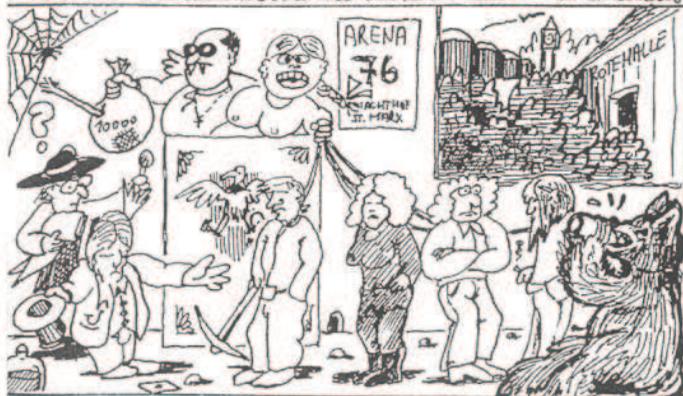
DIE GEMEINDE VERHANDELT  
ZWAR WEITER, DOCH NUR  
ÜBER DEN  
INLANDSCHLACHTHOF.



DIE BULLENWOGEN MIT  
MASCHINENPISTOLEN AUF  
UND NAHMEN 3 DUTZEND  
ARENAUTEN GEANGEN-



-WÄHREND DIE ARENAUTEN ALS ARME STREIKERLEUTE DASTANDEN,



SO ZOGEN DIE ARENAUTEN  
IN DIE GROSSE STADT WIEN  
UND VERABSCHIEDETEN SICH  
MIT EINER DEMONSTRATION  
VON DEN GUTEN IN DER STADT,  
UND ZUM WOCHENENDE GAB  
ES EIN GROSSES ABSCHLUS-  
FEST MIT SCHMETZELN,  
CHILLEN UND GUNEM  
PLENUM. DANN BEI EINEM  
FEUERWERK SCHOSSEN DIE  
ARENAUTEN RAKETEN IN

DIE LUFT UND ZOGEN AUS DER ARENA AUS, VERKAUFT UND VERRATEN. ARENAUTEN



STERBEN JEDOCH NIE.  
VIELE VON INNHEN  
HABEN RABIE  
GESCHWOREN.



# Das Amerlinghaus muss unverträglich bleiben!

gepostet am 25. November 2011 – auf [indymedia.at](https://at.indymedia.org/node/21781) <https://at.indymedia.org/node/21781>

**Das Amerlinghaus ist bedroht.** Die Stadtregierung taktiert erneut damit, das Kulturzentrum am Spittelberg über die Vergabe oder Nicht-Vergabe von Förderungen zu kontrollieren und in ihr Verständnis von Kulturpolitik einzugliedern. Der Betrieb des Hauses soll zunehmend kommerzialisiert und damit die derzeit kostenlose Nutzung der Räume und Angebote unmöglich gemacht werden.



**Das Amerlinghaus** wurde im Sommer 1975 im Zuge einer Bewegung besetzt, die sich gegen eine Zerstörung des historischen Spittelberg-Viertels und für ein selbstverwaltetes, nicht-kommerzielles Kommunikations- und Kulturzentrum im Bezirk einsetzte. Im Oktober desselben Jahres wurde die Besetzung aufgeben, unter der Bedingung dass nach einer Sanierung das Zentrum wiedereröffnet wird. Seit 1978 existiert das Amerlinghaus in seiner heutigen Form als ein Projekt, das zum einen von Förderungen der Stadt abhängig ist, zum anderen an das stadteneigene Immobilienunternehmen Gesiba Miete zahlt. Dieser Kompromiss stand von Anfang an dem Anspruch im Wege, selbstverwaltet, unkommerziell und autonom zu sein. Bereits 1980 gab es deshalb den Versuch einer Wiederbesetzung, die sich gegen den von der Stadt zur Steigerung von Mieteinnahmen erzwungenen, vom Kulturzentrum unabhängigen Beisl-Betrieb im Haus richtete.

**Durch den Deal** mit der Stadt konnten im Amerlinghaus verhältnismäßig unbehelligt Gruppen arbeiten und Projekte entwickelt werden, für die es sonst in der Stadt keinen Platz gibt. Nun stößt das Konzept allerdings endgültig an seine Grenzen, die Stadt will weitere Gelder daran binden, dass in Zukunft Gewinn erwirtschaftet wird.

**Dabei ist der Bedarf** an unkommerziellen Räumen nach wie vor unbestreitbar. Nicht nur im 7. Bezirk, aus dem seit der ursprünglichen Besetzung des Amerlinghauses ein großer Teil der damaligen Bewohner\_innen durch explodierende Mieten verdrängt wurde. Überall in der Stadt werden soziale Räume, Jugend- und Gemeinschaftszentren kaputtgespart.

**Wo die Menschen anfangen**, ihre Bedürfnisse und ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, und zum Beispiel seit langem leerstehende Gebäude besetzen, um neue soziale Zentren zu schaffen, bekommen sie meist bald die Gewalt des Staates

zu spüren. So zum Beispiel bei der Räumung des Epizentrums in der Lindengasse 60-62 mit Hubschrauber und Räumpanzer vor wenigen Wochen, wo über fast ein Monat ein selbstverwaltetes Zentrum aufgebaut wurde.

### **Wem gehört die Stadt?**

Überall steigen die Mieten, bei den Löhnen wird aber höchstens die Inflation ausgeglichen. Die meisten Menschen können sich so nur noch kaum die eigene Wohnung leisten, gemeinsam kollektive Orte aufzubauen ist nahezu unmöglich. Dabei gibt es immer mehr Leerstand, während andernorts ein neuer Büroturm neben dem anderen hochgezogen wird. Wenige Konzerne teilen sich in Wien fast den ganzen Kuchen auf, darunter Wiener Wohnen, Gesiba, Buwog. Einst mit öffentlichen Geldern aufgebaut, wirtschaften diese Firmen inzwischen wie jede andere, nämlich einzig nach der Logik des größtmöglichen Profits, und helfen so fleißig mit, die Mieten in die Höhe zu treiben. Die Mittel der städtischen Wohnbauförderung fließen schon längst nicht mehr in die Schaffung günstigen

Wohnraum, sondern vielmehr z.B. in die reichliche Bezuschussung der Sanierung von Mietshäusern in Privateigentum. Die nach der Sanierung deutlich höheren Mieten kassieren dann jene, die ohnehin oft schon viele Häuser besitzen und sich die Produkte fremder Arbeit in die Taschen stopfen.

**Das Problem** liegt letzten Endes weniger bei der konkreten Höhe der Miete, sondern beim Prinzip des unbegrenzten Privateigentums selbst. So kommt es, dass die meisten Menschen ihr Leben lang hart arbeiten, um sich gerade einen akzeptablen Wohnraum und eine ausreichende Ernährung leisten zu können, während andere vor allem von den Früchten dieser Arbeit leben und dabei immer mehr anhäufen.

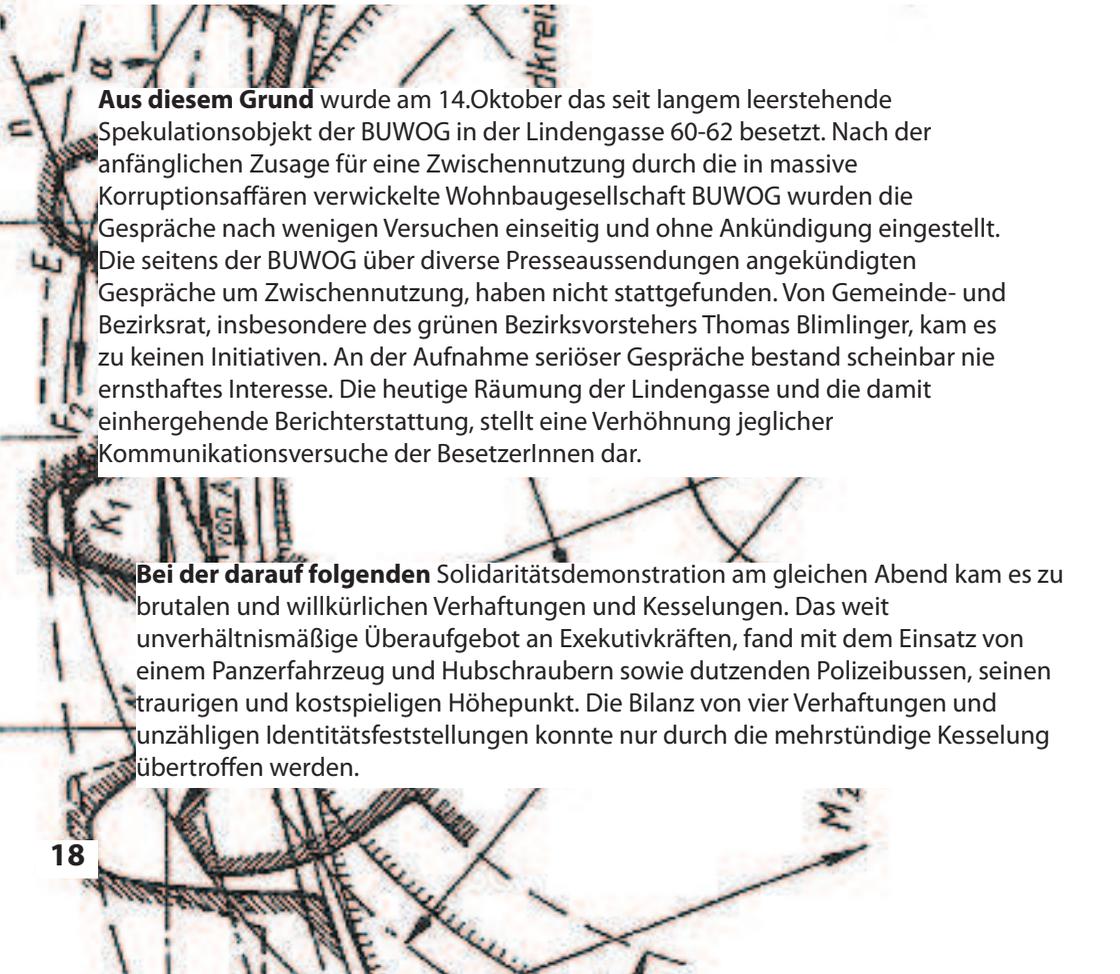
**Es ist schon lange Zeit**, diese Logik zu durchbrechen. Es ist genug für alle da, und wenn wir einen solidarischen Umgang miteinander lernen, können wir das Leben mit der heutigen Produktivität längst sicher und komfortabel organisieren, ohne einander auszubeuten. Wir können die künstlichen Trennungen zwischen uns, und auch die Trennungen zwischen Lernen und Arbeit, zwischen Kunst, Kultur und Leben aufbrechen. Wir sollten damit nicht warten, denn die Logik der Waren und des Profits droht unser ganzes Leben zu verschlingen.

**Um Keimzellen** für diese neue Welt zu bilden, brauchen wir Orte. Orte wie das Amerlinghaus. Wenn die herrschenden Autoritäten anfangen, uns die wenigen dieser Orte wegzunehmen, müssen wir aufhören, darum zu bitten und zu fragen. Wir sollten uns nehmen was wir brauchen, was uns zusteht. Nicht um uns zu bereichern, sondern um eine neue Grundlage für das Teilen zu finden.

# Bedarf an Freiräumen endlich wahrnehmen! Politische Lösungen statt Polizeigewalt!

vom 10. November 2011 – 17:16 von Iga, Nicole, Wolf Hesse  
via: <http://at.indymedia.org/node/21627>

In einer immer stärker profitorientierten Welt, bieten selbstverwaltete Freiräume und Kulturzentren wie das Amerlinghaus und auch das am 8.11.2011 geräumte Epizentrum lebendige Beispiele für alternative Lebensstile. In den letzten Jahren wurden immer mehr besetzte Häuser und andere Räume, die nicht der neoliberalen Verwertungslogik entsprechen zunehmend ausgegrenzt oder systematisch kaputtgespart. Obwohl der Bedarf nach leistbarem Wohnen rapide zunimmt, die Zahl der Zwangsexekutionen rasant steigt, stehen unzählige Häuser in Wien leer um durch Langzeitspekulationen ihren Wert zu steigern.



**Aus diesem Grund** wurde am 14. Oktober das seit langem leerstehende Spekulationsobjekt der BUWOG in der Lindengasse 60-62 besetzt. Nach der anfänglichen Zusage für eine Zwischennutzung durch die in massive Korruptionsaffären verwickelte Wohnbaugesellschaft BUWOG wurden die Gespräche nach wenigen Versuchen einseitig und ohne Ankündigung eingestellt. Die seitens der BUWOG über diverse Presseaussendungen angekündigten Gespräche um Zwischennutzung, haben nicht stattgefunden. Von Gemeinde- und Bezirksrat, insbesondere des grünen Bezirksvorstehers Thomas Blimlinger, kam es zu keinen Initiativen. An der Aufnahme seriöser Gespräche bestand scheinbar nie ernsthaftes Interesse. Die heutige Räumung der Lindengasse und die damit einhergehende Berichterstattung, stellt eine Verhöhnung jeglicher Kommunikationsversuche der BesetzerInnen dar.

**Bei der darauf folgenden** Solidaritätsdemonstration am gleichen Abend kam es zu brutalen und willkürlichen Verhaftungen und Kesselungen. Das weit unverhältnismäßige Überaufgebot an Exekutivkräften, fand mit dem Einsatz von einem Panzerfahrzeug und Hubschraubern sowie dutzenden Polizeibussen, seinen traurigen und kostspieligen Höhepunkt. Die Bilanz von vier Verhaftungen und unzähligen Identitätsfeststellungen konnte nur durch die mehrstündige Kesselung übertroffen werden.

**Statt der zügigen Umsetzung** der im rot-grünen Koalitionspapier vereinbarten Zusicherung der Zwischennutzung für leerstehende Gebäude, werden politische und kulturelle AktivistInnen nun auch durch die Novellierung des Sicherheitspolizeigesetzes zunehmend in die Kriminalität gedrängt. Laut Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, wird dies bereits kommenden Dienstag durch den Ministerrat beschlossen. Die Konsequenzen betreffen alle politisch und zivilgesellschaftlich Engagierten.

**Wir alle sind das Epizentrum! Wir alle sind das Amerlinghaus! Solidarität mit allen bestehenden und noch kommenden Freiräumen! Abseits von Mainstream, Konsumrausch und mentalem Fast Food sind wir Zentren für die lebendige Zivilgesellschaft!**

*Dieses als Presseaussendung geplante Kommentar stellt die Sicht einiger AktivistInnen rund um das Epizentrum dar, und konnte aufgrund der unvorhergesehenen Räumung nicht durch das Plenum beschlossen werden.*



*So soll es in der Lindengasse 60-62wo das Epizentrum besetzt würde ab 2013 aussehen*



# SexarbeiterInnen fühlen sich übergangen

21

via <http://no-racism.net/article/3941/> und LEFÖ - [www.lefoe.at/](http://www.lefoe.at/)

**Ein gutes Gesetz** muss sich erst in der Praxis bewähren. Das neue Prostitutionsgesetz, wie es am 1. November 2011 in Wien in Kraft getreten ist, bedeutet eine weitere Verstärkung von Marginalisierung und Diskriminierung von SexarbeiterInnen, so die Migrantinnenselbstorganisation LEFÖ.

**Anstatt Sexarbeit** als gesellschaftliche Realität anzuerkennen und die Situation von SexarbeiterInnen in den Mittelpunkt zu stellen, bedingt das neue Prostitutionsgesetz in Wien eine weitere Verschärfung des Kontrollsystems. Die gesetzliche Regelung, die Straßenprostitution nicht mehr im Wohngebiet ausüben zu können - und nur mehr für einige wenige Plätze frei zu geben, gibt noch einmal mehr der gesellschaftlichen und politischen Doppelmoral in Österreich Ausdruck.

**Gerade der aktuelle** Diskurs zeigt einmal mehr, in welcher beleidigender und herabwürdigender Art und Weise über SexarbeiterInnen gesprochen wird. Die Meinungen über SexarbeiterInnen sind vielfältig und (fast) alle wissen anscheinend Bescheid. Doch bei all diesen Diskussionen wird darauf vergessen, die SexarbeiterInnen selbst dazu zu befragen. Obwohl es seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen anfänglich Bemühungen gab, SexarbeiterInnen in den Prozess der Neuregelung des Prostitutionsgesetzes einzubinden, wurde dann in letzter Konsequenz davon wieder Abstand genommen.

**Nach wie vor** ist es LEFÖ ein Anliegen in diesem Zusammenhang auf die bestehenden Menschenrechtsverletzungen, auf die institutionalisierte Doppelmoral und die gesellschaftliche Abwertung und rechtliche Diskriminierung von Sexarbeiterinnen aufmerksam zu machen.

**Mit einem** Unsichtbar-Machen der Sexarbeit und deren Ausübenden wird die Situation für SexarbeiterInnen nicht besser, sondern schlechter. Es braucht Rahmenbedingungen, die gutes und sicheres Arbeiten ermöglichen und die der Diversität und den Bedürfnissen von SexarbeiterInnen gerecht werden. Die Rechte von SexarbeiterInnen müssen dabei an erster Stelle stehen und der Selbstbestimmung der in der Sexarbeit tätigen Frauen, Männer, Transpersonen gerecht werden.

**Dazu braucht es sichere Arbeitsplätze, die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit, Schutz vor Diskriminierung und Abwertung  
- auch im öffentlichen Raum.**

# Guerrilla Gardening – was heißt das für uns?

Auszug von: <http://ggardening.blogspot.eu/2011/10/10/ggardening-in-wien/>

**In erste Linie bedeutet das** für uns nicht erst nachzufragen ob öffentliche Flächen gestaltet werden dürfen, sondern selbst direkt aktiv zu werden. Grün heißt für uns nicht die Monotonie von Rasenfläche, sondern eine große Vielfalt an Nutzpflanzen, die nicht nur der Zierde dienen. Durch diese grünen Oasen sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie es auch in der Stadt möglich ist Lebensmittel für den Eigenbedarf zu produzieren. Wir wollen brachliegende Flächen und "tote" Plätze umgestalten, den Stadtbewohner\*innen und uns selbst zurückgeben und ein Stück Natur in die Stadt holen sowie Gärten für alle schaffen. Langfristig wollen wir Konzepte entwickeln wie Städte selbst-versorgend und selbst-verwaltet funktionieren können.

**Auf der ersten** kurzfristig begrüneten Fläche beim Tüwi wird bald gebaut wenn nächstes Jahr das alte Gebäude dem geplanten Neubau (inkl. Tüwi „neu“) weichen wird. Auch die Flächen von zwei GuerillaGärten die wir begrünt haben sind heute bebaut. Der Garten in der Siebenbrunnengasse musste ebenso wie das von Wohnungslosen als Schlafplatz genutzte Gebäude dahinter weichen. Bagger, Planiermaschinen und LKW machten unsere kleinen Beete platt ebenso wie erste Kommunikationsschritte in Richtung der temporären Bewohner\*innen des nun zerstörten Hauses. Die begrünete Baulücke in der Johnstraße konnte nur einige Wochen als Treffpunkt dienen ehe die schweren Baumaschinen dem großartigsten Mangold, den wir je gesehen haben, sowie dem Rest der Brache, samt schmackhaften und wilden Rucola, ein Ende bereiteten.

Eine weitere kurz von uns genutzte Brachfläche ist immer noch ein Parkplatz – auch der aggressive Eigentümer der Fläche am Margaretenplatz wird noch vorhanden sein. Der von uns mitbegrünete Garten beim besetzten Augartenspitz besteht ebenso noch wie der Längenfeldgarten über den es im weiteren Text vorrangig gehen wird.

**Abgesehen von** den langfristig begrüneten Gärten haben wir in den letzten Jahren einiges an Inhalten vermittelt und an (Samen-)Material in der Stadt verteilt. Als Gruppe haben wir bei verschiedenen Festen, Aktionstagen und Treffen mit Workshops, Infoständen und Lectures rund um das Thema GGardening beigetragen. So waren wir 2009 mit in Linz als dort an der Donaulände das „Neuland“ entstand ebenso mit dabei wie beim Autofreien Tag, dem Südwindstraßenfest oder der Konferenz für Ernährungssouveränität in Krems 2011.

**Jedes Jahr im Frühling** ziehen viele Menschen durch die Stadt und bestücken Grün- und Brachflächen mit Samenkugeln. Zu den vermehrt auftretenden Sonnenblumen, Hanfpflanzen und anderen Gewächsen, die versuchen ihren Platz zu behaupten haben wir sicherlich unseren Teil beigetragen.

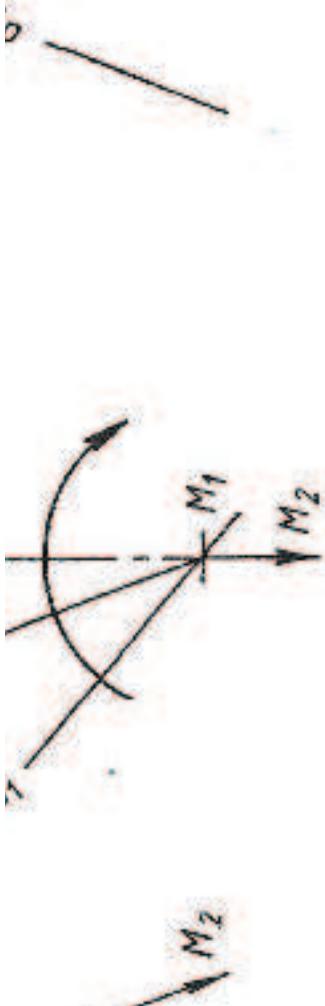
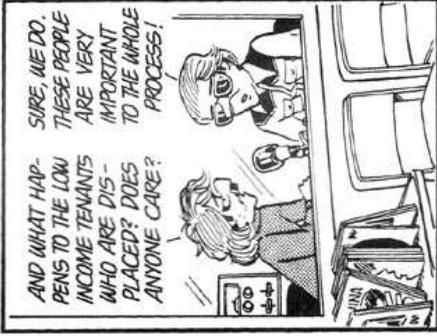
### **Zum Längelfeldgarten und was er bewirkt:**

Der Längelfeldgarten entwickelt sich zunehmend zu einem Ort der Begegnung und des produktiven sozialen Miteinanders. Eine steigende Anzahl an Menschen aus der Nachbarschaft interessiert sich für die Aktivitäten im Garten und hilft beispielsweise beim Gießen. Bisher wurden viele positive Rückmeldungen auf die neue Nutzbarmachung der Fläche an uns herangetragen.

Auch die Nutzer\*innen des Sportplatzes und der Skate-Rampe zeigen größtenteils Interesse. Besonders positiv wurde die mehrsprachige Beschilderung des Komposthaufen, sowie Workshops für Kinder angenommen.

Wir bekommen zunehmend Rückmeldungen über unseren Blog von neuen Menschen, die Interesse an selbst-organisiertem Schaffen von Gärten haben. Wir freuen uns über weitere Kontakte, aber auch über Sachspenden und Pflanzen.





# Verfahren gegen J.A.I.B. in Wien zur Anklage gebracht

25

<http://www.fightrepression2010.tk/>

## **18 Monate staatliche Repression erreichen vorläufigen Höhepunkt**

Ausgehend von den Überbleibseln des §278 Ermittlungsverfahrens, gegen J.A.I.B und mindestens sechs weitere Aktivist\_innen, bastelte sich der Justizapparat eine Anklageschrift zusammen. Die Paragraphen 277 (verbrecherisches Komplott) und 278 b)c) (terroristische Vereinigung und Straftaten) sind zwar weggefallen, doch die politische Motivation des gesamten Verfahrens bleibt weiterhin offensichtlich – Kriminalisierung von politischem Engagement, im Konkreten jenes im Zuge der Bildungsproteste seit 2009. Die 4 Aktivist\_innen J.A.I.B. erwartet in nächster Zeit ein Prozess wegen „versuchter Brandstiftung“ (nach §169 & §15 StGB) an zwei Mülltonnen beim AMS Redergasse 1050 Wien. Strafraumen: 1 bis 10 Jahre Haft. Der Prozesstermin sollte bald feststehen.

## **Kleine Geschichte der Repression im Sommer 2010**

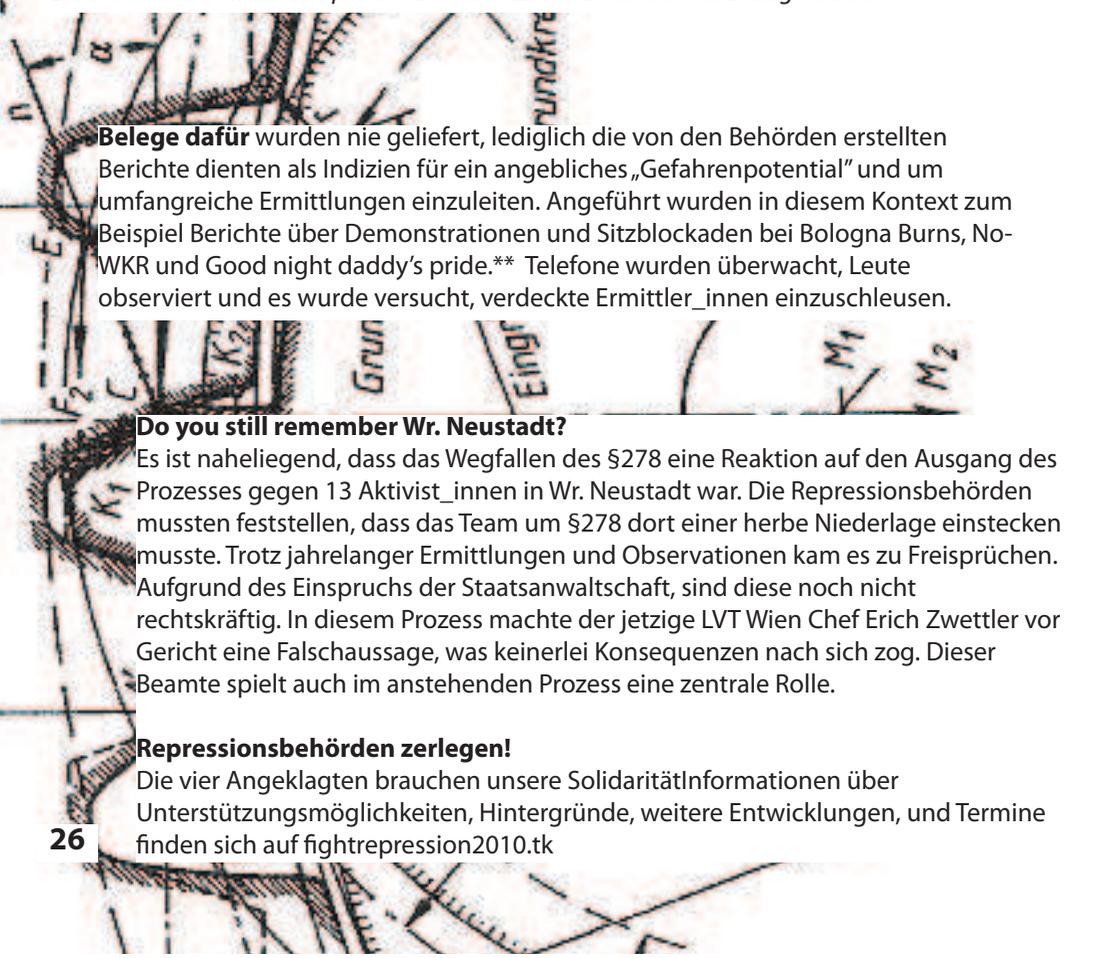
Am 6. Juli 2010 wurden in Wien mehrere Wohnungen und ein Vereinslokal durchsucht und in der Folge drei Personen verhaftet, eine weitere Hausdurchsuchung und Verhaftung fand am 20. Juli statt. Die vier Verhafteten wurden für fünf bzw. sieben Wochen in Untersuchungshaft gesteckt. Vorgeworfen wurde ihnen u.a. §277 verbrecherisches Komplott und §278b, die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Im Zuge der Ermittlungen wurden immer wieder neue Vorwürfe erhoben, wieder fallen gelassen, weitere Personen beschuldigt und vorgeladen, umfangreiche Abhörmaßnahmen und Observationen durchgeführt. (weitere Details siehe: Mülleimer, Radioverstärker und Handyfunkmasten: Zur Konstruktion von Terrorismus – Repression à la §278b) Die Ermittlungsverfahren nach §278 gegen mindestens zehn Personen wurden mittlerweile offiziell eingestellt, von der polizeilichen Konstruktion fanden lediglich zwei brennende Mülltonnen den Weg, die von den Behörden als Brandanschlag auf die AMS Filiale ausgelegt werden.

**Das Verfahren** folgt vor allem der Logik des §278 – dies ist kein Einzelfall, sondern hat Struktur!

Die behördlichen Beschuldigungen bauen auf umfangreichen Überwachungsmaßnahmen auf, die im Zuge der Ermittlungen nach §278 erfolgten. Obwohl das Konstrukt der terroristischen Vereinigung nicht in die Anklage

aufgenommen wurde, werden die Beschuldigten nach wie vor als Mitglieder einer mutmaßlichen Organisation gehandelt. Betroffen von dieser Kriminalisierung sind nicht nur diese vier Personen. Im Zuge der polizeilichen Ermittlungen gegen die Uni-Brennt Bewegung wurde mindestens zehn Personen vorgeworfen, Teil einer vom LVT (Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) konstruierten Organisation zu sein. Federführend bei den Ermittlungen waren die Beamten Muik, Zwettler & Friends. Gegen wie viele Personen tatsächlich nach §278 ermittelt wurde und wird, bleibt aber ungewiss.\* Zu Beginn der Ermittlungen wurde von den Behörden die Planung von Anschlägen „durch unbekannte Personen auf unbekannte Objekte“ behauptet. In der Anklageschrift ist dazu zu lesen:

*„In den Monaten vor der Tat konnte das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung in der linksradikalen Szene in Wien eine massive Zunahme der Gewaltbereitschaft feststellen, wobei im Zuge von verschiedenen Großveranstaltungen zum einen zahlreiche Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt und zum anderen zahlreiche öffentliche und private Gebäude zum Teil schwer beschädigt wurden.“*



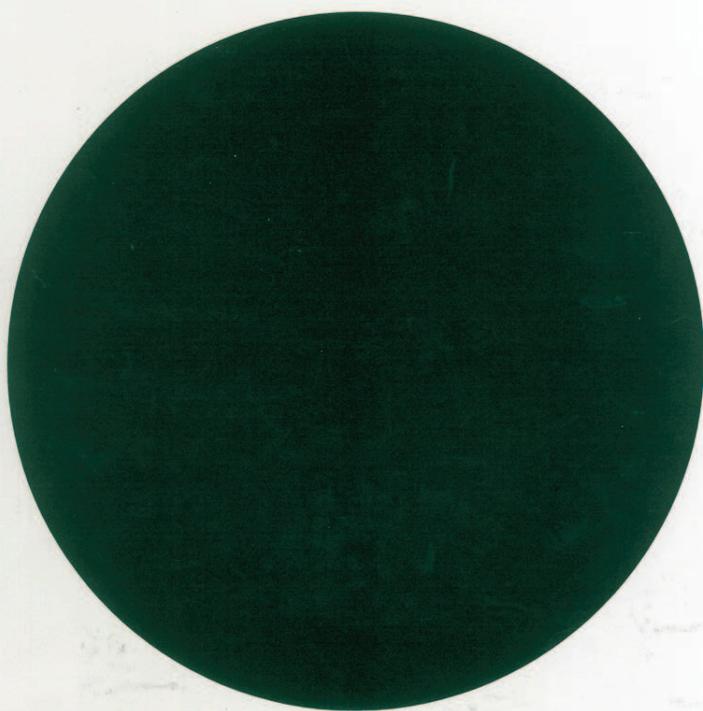
**Belege dafür** wurden nie geliefert, lediglich die von den Behörden erstellten Berichte dienten als Indizien für ein angebliches „Gefahrenpotential“ und um umfangreiche Ermittlungen einzuleiten. Angeführt wurden in diesem Kontext zum Beispiel Berichte über Demonstrationen und Sitzblockaden bei Bologna Burns, No-WKR und Good night daddy's pride.\*\* Telefone wurden überwacht, Leute observiert und es wurde versucht, verdeckte Ermittler\_innen einzuschleusen.

### **Do you still remember Wr. Neustadt?**

Es ist naheliegend, dass das Wegfallen des §278 eine Reaktion auf den Ausgang des Prozesses gegen 13 Aktivist\_innen in Wr. Neustadt war. Die Repressionsbehörden mussten feststellen, dass das Team um §278 dort einer herbe Niederlage einstecken musste. Trotz jahrelanger Ermittlungen und Observationen kam es zu Freisprüchen. Aufgrund des Einspruchs der Staatsanwaltschaft, sind diese noch nicht rechtskräftig. In diesem Prozess machte der jetzige LVT Wien Chef Erich Zwettler vor Gericht eine Falschaussage, was keinerlei Konsequenzen nach sich zog. Dieser Beamte spielt auch im anstehenden Prozess eine zentrale Rolle.

### **Repressionsbehörden zerlegen!**

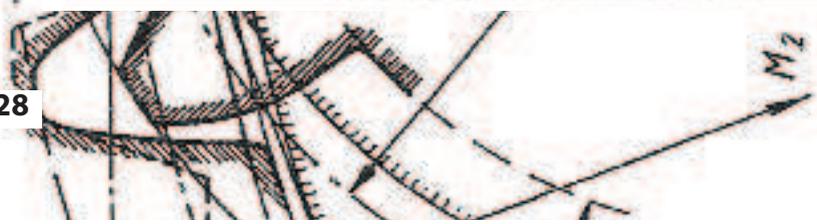
Die vier Angeklagten brauchen unsere Solidarität! Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten, Hintergründe, weitere Entwicklungen, und Termine finden sich auf [fightrepression2010.tk](http://fightrepression2010.tk)



OCCUPY EVERYTHING



<< access all areas >>



**Der öffentliche Raum**, der als Ort der Kommunikation, sozialer Kontakte, des selbstbestimmten Lernens, Aneignens und als Ort politischer Artikulation oder Arbeits- und Lebensraum für Stadtnutzer\_innen und -bewohner\_innen einen wichtigen Stellenwert hat, ist in vielerlei Hinsicht, immer wieder einem radikalen Wandel unterworfen. Veränderungen sind vor allem durch kommerzielle und stadtpolitische Interessen, stadtplanerische- und Stadterneuerungsmaßnahmen geprägt.

Die Nutzung des öffentlichen Raums erfährt häufig nicht nur eine zeitliche, sondern auch eine örtliche Begrenzung, wird strukturiert, kontrolliert und für bestimmte Gruppen von Menschen erschwert bzw. unmöglich gemacht. [1]

Einerseits spielen kommerzielle Interessen eine wichtige Rolle, andererseits kommen dabei auch machtpolitische Strategien und Interessen zum Vorschein, die sich dann in den jeweiligen Umgestaltungs-Erneuerungs- oder Umbaumaßnahmen ausdrücken.

**Diese Maßnahmen**, werden auf verschiedene Weise legitimiert, wie beispielsweise hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit, und der Stadt als Wirtschaftsstandort. Auch mit der Attraktivität für Investor\_innen, Unternehmer\_innen, finanzkräftige Bürger\_innen und Tourismus wird argumentiert.

Meist erscheinen diese Veränderungen des Stadtbildes als sinnvoll um, verschiedene Konzepte wie das einer sauberen, innovativen Stadt zu verfolgen, und ein spezifisches Image der Stadt zu kreieren.

**Mit Stadtumbauprojekten** werden aber auch die Tendenzen zur gezielten Überwachung und Kontrolle des öffentlichen Raums sichtbar. So können Polizei und Feuerwehr maßgeblich in die Gestaltung des öffentlichen Raumes eingreifen. Dies geschieht durch planerische Vorgaben seitens der Stadt für Umbaumaßnahmen, wie beispielsweise, indem Durchgänge ohne Nischen und Ecken geschaffen werden, um "Angsträume" zu vermeiden, durch Beleuchtungskonzepte und umfangreiche Installationen was jeweils die bessere Überwachung ermöglichen soll. [2]

### **Kulturzone Karlsplatz**

Schon 2004 wurde durch das Initiieren eines Wettbewerbs für die Umgestaltung der Westpassage des Karlsplatzes in eine "Kulturzone" durch den Beirat für Kunst im öffentlichen Raum mit der geplanten kulturellen Aufwertung dieses öffentlichen Raums begonnen. Dieser Wettbewerb wurde gemeinsam mit dem Wissenschaftszentrum und den Wiener Linien durchgeführt. Hier wurde

gleichzeitig ein Konzept der großräumigen Überwachung des Ortes geschaffen, welches in dieser Form als Testfeld zur komplexen Überwachung von öffentlichen Räumen dienen soll. [3]

**Auch die weitere Neugestaltung** der Wiener U-Bahn-Station Karlsplatz in die "Kulturpassage Karlsplatz" fügt sich in eine Reihe von stadtplanerischen und städtebaulichen Maßnahmen zur Kommerzialisierung und "Aufwertung" von Stadtteilen, öffentlichem Raum und Infrastruktur, wie U-Bahnstationen und Bahnhöfen ein, wo ebenso das Austauschen der Menschen die dort willkommen sind, zur Veränderung des Stadtbildes führen soll. Auch hier bedeutet dieser Prozess Kontrolle des öffentlichen Raumes, soziale Auslese und Segregation. Durch Hochkulturkonzepte wie das „Bekenntnis der Stadt zur Kultur und Musikhauptstadt“ sollen Tourist\_innen und kaufkraftstarke Bürger\_innen angesprochen werden. Sie sollen Wien durch zentrale Kultureinrichtungen als "Drehscheibe von Kunst und Kultur" repräsentiert sehen und Urbanität erleben können. Hierzu werden allerlei Openair-Festivals wie Kinosommer und mehrere kulturelle Events geboten, welche die erwünschten Zielgruppen zum Geldausgeben und Verweilen einladen. [4]



**Personen, die an dieser Form** von erlebniskulturellem KaufKonsum nicht teilhaben sollen, es auch nicht können bzw wollen, sollen aus dem öffentlichen Raum verbannt werden.

Ob der von Politik und Medien suggerierten Gefahr, beim Kunstgenuss oder beim Shoppen belästigt oder gar bestohlen zu werden und um ein "hohes Sicherheitsgefühl" herzustellen, mussten Wege gefunden werden um Personen , die/ nach einer "objektiven" Norm nicht ins öffentliche Bild passen, zu kontrollieren, wegzuweisen und gegebenenfalls bestrafen zu können.

### **Verdrängungspolitik und Repression**

Seit 1.Juli.2010 sind auch Personen die sich am Karlsplatz in Wien aufhalten, vor allem aber Drogenbenutzer\_innen einer massiven Verdrängungspolitik ausgesetzt. So wurde der Spritzentausch der seit Jahren bestehenden Einrichtung Streetwork am Karlsplatz schon Mitte Juni eingestellt und die Beratungszeiten auf wenige Stunden am Tag gekürzt. Seither wird versucht, ein subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken, indem gegen die Menschen die den Karlsplatz als öffentlichen Raum seit Jahrzehnten nutzen, repressiv vorgegangen wird. Es wurden gesetzliche Bestimmungen dahingehen verändert, dass die Menschen allein aufgrund ihrer Anwesenheit temporär des Platzes verwiesen werden können und laufende Großkontrollen der Polizei sollen die Menschen so schnell wie möglich vertreiben. Die Verantwortlichen der Stadt sprechen in Zusammenhang mit dem Karlsplatz von „Säuberung“. [5]

**Gegenwärtig finden Kontrollen** aber auch vermehrt in Einkaufsstraßen und Plätzen statt. Es wird aber nicht nur von Polizei kontrolliert und verhaftet, sondern auch durch Wirtschaftstreibende, Stadtpolitik und die Medien gleichermaßen Druck aufgebaut, damit Personen die sich nicht am Konsum beteiligen, sondern den öffentlichen Raum zur eigenen Überlebenssicherung nutzen, verwiesen werden können.

In der, den machtpolitischen Interessen folgenden Sprache der Öffentlichkeit, wird, wies gerade passend erscheint ein Täter-Opfer Schema breitgetreten. Dass Menschen, die kaum über ökonomisches Kapital verfügen, leichter in Formen von (kapitalistischer) Ausbeutung geraten, dürfte wohl kaum ein allzu großes Rätsel sein. Die notwendige Zusammenarbeit, um sich gegenseitig zu unterstützen wird dadurch kriminalisiert und die überlebenssichernde Funktion des Bettelns als eine Form der Lohnarbeit wird abgesprochen. [6]

**Kräftig unterstützt** werden die Verfolgungsorgane durch die eilig umgesetzte Änderung des Wiener Landessicherheitsgesetzes nach der nun auch Personen die eine "unzumutbare Belästigung" darstellen wenn "das Verhalten geeignet ist bei

anderen Personen durch unmittelbare Wahrnehmung berechtigten Anstoß zu erregen"(..) in aggressiver oder gewerbsmäßiger Weise betteln oder Andere beim Zugang oder in der Nutzung öffentlicher Einrichtungen beeinträchtigen, mit Geldstrafen bis zu 700 € oder Ersatzarrest bedacht werden können. [7] **Begründet wurde der Antrag** auf diese Änderungen damit, dass "Personen allein durch ihr verwehrlostes Auftreten eine erhebliche Verunsicherung auslösen", sowie Personen "offensichtlich organisiert Betteln sich damit eine fortlaufende Einnahmequelle verschaffen" was ab nun den Tatbestand des gewerbsmäßigen Bettelns erfüllt. Das hat zur Folge, dass ab jetzt alle Personen die den öffentlichen Raum zur Überlebenssicherung nutzen, eine strafbare Handlung setzen und dass jederzeit Personen die an einem Ort nach subjektiven Bestimmungen nicht ins öffentliche Bild passen, von dort verwiesen werden können. [8]

### **Proteste**

Weil es reicht und viele diese Strukturen ändern wollen haben sich im Sommer 2010 vermehrt Proteste gegen die Repression, polizeiliche Willkür und gegen die Verdrängung von Personen, die den öffentlichen Raum nutzen, entwickelt. Es haben sich verschiedene Gruppen und Initiativen zusammengeschlossen, die sich mit Freiräumen und Leerstand beschäftigen und mit Kampagnenarbeit und vielfältigen Aktionen Gentrifizierung und soziale Normierung ins Blickfeld rücken. [9]

### **Eine dieser Gruppen ist das Kollektiv Recht auf Raum.**

Hier wird inhaltlich an der Verdrängungsthematik gearbeitet, der vor allem auch Drogenbenutzer\_innen ausgesetzt sind und die Strukturierung und Einschränkung der Nutzbarkeit öffentlicher Räume thematisiert. [10]

Das Bündnis gegen die Räumung des Karlsplatzes hat im Sommer 2010 ein Netzwerk aufgebaut, um gemeinsam Aktionsideen zu sammeln, Forderungen zu diskutieren und Raum für kritische Praxis und Gegenstrategien zu schaffen. Möglichst viele Menschen sollten angesprochen und mobilisiert werden. [11]

**Im Zuge eines Aktionstags** gegen die Räumung des Karlsplatz im Sommer 2010 wurde gefordert, Menschen mit ihrer Sucht zu akzeptieren und nicht zu kriminalisieren, sowie die uneingeschränkte Nutzbarkeit des öffentlichen Raums, Gesundheitsversorgung **und ein freies selbstbestimmtes Leben für alle\***.



[1] [vgl. Deinet, Ulrich: Sozialräumliche Aneignung und die Bedeutung des öffentlichen Raums für Jugendliche, In Ulrich Deinet, Heike Okroy, Georg Dodt, Angela Wüsthoff (Hrsg.) Betreten Erlaubt!, Verlag Barbara Budrich Opladen & Farmington Hills, MI 2009] Der Diplom Pädagoge Ulrich Deinet beschreibt die Strukturierung des öffentlichen Raums anhand der Bedeutung öffentlicher Räume für Kinder und Jugendliche

[2] [vgl. Holm, Andrej: Wir bleiben alle! Unrast Verlag 2010]

[3] Umgestaltung der Westpassage Karlsplatz durch die Medieninstallation PI von Ken Lum Kunst im öffentlichen Raum Wien

[4] <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/architektur/oeffentlicher-raum/strassen-plaetze/kulturpassage-karlsplatz.html> (11.12.2011)

[5] [Wolfgang Preisler zitiert im Kurier Artikel vom 05.05.2010: Die Wiener Drogen-Szene einst, heute und demnächst] Wolfgang Preisler ist Drogenkoordinator der Wiener Polizei

[6] [vgl. Thuswald 2008] Marion Thuswald beschreibt in ihrer Diplomarbeit die informelle Kompetenz- und Wissensaneignung von Frauen und welche Strategien zur Sicherung des Überlebens durch das Betteln, als eine Form der Lohnarbeit erforderlich sind

[7] <http://www.ris.bka.gv.at/Lr-Wien/> (11.12.2011) Um zur gesamten Rechtsvorschrift des Wiener Landessicherheitsgesetzes zu gelangen, muss in dieser Maske unter „Suchworte“ „WLSG“ eingefügt werden

[8] <http://bettelobbywien.wordpress.com/2010/03/06/stellungnahme-der-bettelobbywien-zur-geplanten-anderung-des-wiener-landes-sicherheitsgesetzes/> (11.12.2011)

siehe

auch die Stellungnahme der Bettelobby Wien zur geplanten Änderung des Wiener Landessicherheitsgesetzes

[9] für mehr Informationen zum Bündnis für Freiräume, Stadtgestaltung und Nutzung von Leerständen siehe: <http://platzda.blogspot.eu> (11.12.2011)

[10] <http://rechtaufraum.blogspot.eu> (11.12.2011)

hier könnt ihr mehr zum Kollektiv Recht auf Raum und den bisherigen Aktivitäten finden.

[11] <http://lisasyndikat.wordpress.com/drogen-ag/> (11.12.2011)

mehreres zum Bündnis gegen die Räumung des Karlsplatzes und zum Aktionstag im Juli 2010 sind auf diesem Blog zu finden

**[Kollektiv Recht auf Raum]**

# Forderungen der BettelLobbyWien

*Wir fordern die Abschaffung aller Bettelverbote.*

<http://bettellobbywien.wordpress.com/>

**Wir fordern** ein Ende der Kriminalisierung von bettelnden Menschen und einen differenzierten Umgang mit dem Thema Betteln.

**Wir fordern**, dass das Thema Betteln unter dem Aspekt von Armut und sozialer Ausgrenzung sachlich diskutiert wird, ohne Vorverurteilung und Kriminalisierung. Die Ursachen von Armut müssen bekämpft werden, nicht die Armen!

**Wir fordern** einen solidarischen und respektvollen Umgang mit bettelnden Menschen und Zivilcourage bei beobachteten Übergriffen.

**Der öffentliche Raum muss allen gehören, nicht nur den Kaufkräftigen.**

**Wir fordern die Abschaffung aller Bettelverbote.**

- Betteln ist ein durch die Verfassung geschütztes Grundrecht.

Das Argument mit den Bettelverboten Bettelnde zu schützen, ist zynisch und dient nur dazu, das Vorgehen gegen Bettelnde auch noch moralisch zu rechtfertigen.

- Betteln ist für viele Menschen die einzige Möglichkeit zur Selbsthilfe. Und für die, die geben, ist es eine Möglichkeit zur Umverteilung – freiwillig, ohne Verwaltungsaufwand, ohne staatliche Einmischung. Direkte Hilfeleistung gehört zu den selbstverständlichen sozialen Taten in einer freien Gesellschaft.

- Sollte es, wie von Politik und Medien oft unterstellt, im Zusammenhang mit Betteln zu Nötigung oder Menschenhandel kommen, gibt es dafür entsprechende Gesetze im Strafrecht.

Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von bettelnden Menschen und einen differenzierten Umgang mit dem Thema Betteln.

**Denn mit Sorge beobachten wir:**

- dass angesichts wachsender sozialer Unsicherheit die Schuldzuweisungen an unerwünschte Gruppen zunehmen.

- dass beim Thema Betteln die Argumente vieler Politiker und Politikerinnen und die Berichterstattung vieler Medien auf Unterstellungen und antiziganistischen Mythen beruhen.

- dass Polizei und Behörden oft willkürlich und mit brutaler Härte gegen Bettelnde vorgehen.

- dass sich vermehrt Menschen berufen fühlen, eigenmächtig gegen Bettelnde vorzugehen, in einzelnen Fällen sogar mit körperlicher Gewalt.

**Wir fordern**, dass das Thema Betteln unter dem Aspekt von Armut und sozialer Ausgrenzung sachlich diskutiert wird, ohne Vorverurteilung und Kriminalisierung. Die Ursachen von Armut müssen bekämpft werden, nicht die Armen!

Der Grund, warum immer mehr Menschen aus Osteuropa nach Österreich zum Betteln kommen, liegt schlicht und einfach darin, dass sie in ihrer Heimat keine Arbeit finden, ausgegrenzt und verfolgt werden und die Sozialhilfen und Pensionen zu gering sind, um ihr Überleben zu sichern (siehe Interviews). Die in die EU aufgenommenen Länder des ehemaligen Ostblocks dienten als Selbstbedienungsläden der westlichen EU-Länder, Österreich hat hier besonders profitiert. Viele "Top-Unternehmen" unseres Landes sind so gesehen mitschuld an der Armut in diesen Ländern.

**Statt Bettlerinnen und Bettler aus** dem öffentlichen Raum zu vertreiben, um damit Armut unsichtbar zu machen, sollten endlich die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die Armut bedingen, geändert werden, in Österreich, in Europa und international.

Wir fordern einen solidarischen und respektvollen Umgang mit bettelnden Menschen und Zivilcourage bei beobachteten Übergriffen.

**Es liegt in der Entscheidung** jeder einzelnen Person, ob sie Bettelnden etwas gibt oder nicht. Auf jeden Fall muss das Recht auf Freiheit sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und um Unterstützung zu bitten anerkannt und geschützt werden.

Wir bitten alle, die einen Übergriff auf Bettelnde beobachten, nach Möglichkeit nachzufragen, einzuschreiten, das Geschehene zu dokumentieren und der BettelLobbyWien zu melden.

**Der öffentliche Raum muss allen gehören, nicht nur den Kaufkräftigen.  
Die BettelLobbyWien**

ICH WILL NICHT  
BETTeln  
ABER DÜRFEN MUSS ICH



ICH WILL NICHT  
BETTeln  
ABER DÜRFEN MUSS ICH



ICH WILL NICHT  
BETTeln  
ABER DÜRFEN MUSS ICH



# Platz.da!?

Schlagwörter

öffentlicher  
Raum Aktionstag

Aktionstage

Amerlinghaus

Aufwertung Austausch AZ

besetzung BUWOG

demonstration dezentraler

Aktionstag

epizentrum

Freiraum

Gentrifizierung

GGardening Grüne Guerilla

Gardening Hamburg IG

Kultur Wien Info Kaleidoskop

Kundgebung Leerstand

Lindengasse 60 Lobmeyr-Hof

Material Musik planung

Planungstreffen Polizei

Pressekonferenz Programm

Räumung recht auf stadt!

Repression rot-grün

soziale Normierung

Stadtbilder Treffen

vernetzung vorbereitung

Wagenplatz Wagenplatz

Treibstoff Wien

Zwischennutzung

> > > <http://platz.da.net>